

# Merseburger Tageblatt

**Bezugspreis** in der Stadt für Abholer monatlich 28 Mt., durch Boten bezogen monatlich 30-25 Mt., bei Postbezug monatlich 32 Mt. Frei Haus, Erhalten, werksmäßig nachmittags. Einzelnummer 1,50 Mt. Postkontofonto: Amt Merziga Nr. 18 654. Geschäftsstelle: Döllnerstraße 4. Für überbotene Abendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

**Anzeigenpreis** Der Spaltenpreis Millimeter Satzraum 1,50 Mt. und der Zeilenpreis Millimeter Zeilenraum 8 Mt. Die laufende Monatsabrechnung wird vom Bezahler auf eigene Rechnung bei deren Aufgabe mit 6,00 Mt. in Zahlung genommen. Ruffertstraße 75 Bld. Porto besonders. Anzeigenpreis 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Vahj.)

mit Umfassen Umzügen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 157.

Freitag, den 7. Juli 1922

162. Jahrgang.

### Lageschronik

Demokraten und Zentrum bemühen sich um eine Koalitions-  
erweiterung nach rechts.  
Der Reichsrat nahm das Gesetz über die Pflichten der Be-  
amten zum Ende der Republik an.  
Die Abstimmung über die obersteinstufige Autonomie findet  
am 3. September statt.  
Die anarcho-sozialistischen Zwischenfälle in Juidau haben fast 100  
Opfer an Toden, Verwundeten und Vermissten gefordert.  
Die Spuren der Garten-Attentäter führen nach Eidenburg.  
Schwierigkeiten für die Zahlung der nächsten Reparations-  
rate am 15. Juli.

### Koalitionserweiterung nach rechts oder links?

Ein Brief der Demokraten und des Zentrums  
an die Deutsche Volkspartei.

Wir von parlamentarischer Seite hören, ist in  
den Verhandlungen mit den Unabhängigen über deren Ein-  
tritt in die Regierung keine Verständigung erzielt worden.  
Die Unabhängigen verlangen u. a. daß Reichswehrentwerfer  
sogleich zurücktreten müßten. Auf diese Forderung gingen  
die Demokraten nicht ein, weshalb die Verhandlungen ein-  
stweilen abgebrochen wurden. Man beachtet im übrigen,  
daß die Demokraten weit stärkere Reibung haben, mit der  
Deutschen Volkspartei zu einer Verständigung zu kommen.  
Das Wiederauftreten Dr. Stresemanns im Reichstag deutet  
auch darauf hin, daß die Volkspartei verstanden will, eine  
Verbindung mit der bürgerlichen Koalitionspartei zu er-  
langen und nicht abgeneigt ist, an die Regierung einzutreten.  
Wir verlangen, haben Zentrum und Demokraten einen  
gemeinsamen Brief an die Deutsche Volkspartei verfaßt,  
der sich jedoch, wie die „D.M.“ erfahren, z. B. noch  
in den Händen des Zentrums befindet. Es heißt in dem  
Brief:

Wir halten die Zusammenarbeit mit der Deutschen  
Volkspartei nach den Ausführungen, die die Abgeordneten  
Recher, Heine und Stresemann in der letzten Zeit im  
Reichstag über unsere außen- und innenpolitischen Lage  
gemacht haben, für möglich. Wir sehen nach diesen Aus-  
führungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederantritt  
des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur  
auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen  
Staatsform möglich ist. Wir bitten daher um Anerkennung,  
ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich an der  
Regierung zu beteiligen.

In maßgebenden Kreisen der sozialdemokratischen Reichs-  
fraktion steht man diesem Schritt der bürgerlichen Koalitions-  
parteien wie der „Vorwärts“ heute morgen mitteilend,  
äußerst verständnisvoll gegenüber, zumal man sich darüber klar  
ist, daß ein Gesetz zum Schutze der Republik, wie man es unter  
den augenblicklichen Verhältnissen für notwendig hält, nur durch  
eine Einkreisung erledigt werden kann. Diese Weisheit  
ist jedoch nur mit Einschluß der D.S.P. zu realisieren.

### Ein neues Heinen-Disziplinarstatut.

**Annahme im Reichsrat — Widerspruch Bayerns.**  
Berlin, 7. Juli. Der Reichsrat beschloß heute in seiner  
öffentlichen Sitzung vom Donnerstagabend mit dem Geset-  
zweck über die Pflichten der Beamten zum Ende der  
Republik. Die Reichsregierung ist demnach ausgenom-  
men, daß gewisse Stellungen gibt, welche über die den Beamten  
sonst zuzurechnende Freiheit ihrer politischen Überzeugung hin-  
aus doch noch nicht weitergehende Anforderungen an die  
Beamten stellen, wenn sie infolge ihrer Stellung in einem  
besonderen Verhältnis gerade zu republikanischen Staats-  
formen stehen. Die Reichsregierung soll ihrerseits bestimmen,  
für welche Beamtenkategorien diese Vorschriften in Betracht  
kommen. Die Regierung hat vorgeschlagen, einen besonderen  
Disziplinarstatut einzurichten und zwar einen kleinen  
Disziplinarstatut, der in erster Instanz, und einen großen,  
der in zweiter Instanz zu berücksichtigen hat. Die Statuten  
werden nur aus Reichsbeamten zusammengefaßt. Die Be-  
stimmungen des Gesetzes sollen fernerhin Anwendung auch  
auf Angehörige der Reichswehr finden. In der Aussprache  
bevorzugte Herr von Heiden, in das Beamtengesetz eine  
Bestimmung einzufügen, damit die betreffenden Beamten  
es ablehnen dürfen, ein nach dem Gesetz besonders qualifi-  
ziertes Amt zu übernehmen. Dieser Antrag wurde jedoch  
abgelehnt.

Vor der Gesamtberatung über die Vorlage erklärte  
der bayerische Bevollmächtigte von Wegener, eine so weitgehende  
Vorlage, die die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten  
in noch nicht abgemessener Weise beschränkte, dürfe nicht unter

politischen Druck über die Linie gebrochen werden. Die Be-  
amtenverbände seien nicht gehört worden (2); der Gesetz-  
entwurf sei ihnen noch gar nicht bekannt. Die bayerische  
Regierung könne dem Gesetz in dieser vorliegenden Fassung  
nicht zustimmen.

In der Gesamtberatung wurde der Entwurf mit 49  
gegen 16 Stimmen angenommen.

Mit der Verordnung über die Autonomie-Abstimmung  
Oberösterreich erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Am  
9. Juli soll der uns verbietende Teil Oberösterreichs end-  
gültig geräumt sein und es beginnt dann die Zeit von  
zwei Monaten zu laufen, innerhalb deren die Abstimmung  
über die Autonomie stattzufinden hat. Für Oberösterreich  
wurde als Abstimmungsdatum der 3. September festgesetzt.

### Das Ausnahmestimmengesetz gegen links

Bemerkenswert und viel beachtet wird im Reichstag  
ein Antrag des Zentrums zum Gesetze zum Schutze der  
Republik. Der Antrag lautet darauf hinaus, das Gesetz  
auch gegen Übergriffe der Linken anzuwenden und sagt,  
daß die Bestimmungen des Gesetzes gegen alle angewandt  
werden sollen, die nicht auf dem Boden der verfassungsmä-  
ßigen Republik stehen. Da z. B. die Kommunisten auf  
dem Boden der Republik stehen, aber nicht auf dem Boden  
der verfassungsmäßigen, sondern eine Räte-republik an-  
streben, bedeutet dieser Zentrumsantrag eine wesentliche Änderung,  
die so notwendig ist, wie auch sehr wichtig, doch von großer Be-  
deutung ist.

### 14 Tote, 10 Vermisste und 70 Verwundete in Juidau.

**Erklärungen Epinosis im jüdischen Landtag.**  
Freuden, 7. Juli. Im jüdischen Landtag gab am  
Donnerstag vor Eintritt in die Tagesordnung der unab-  
hängige Minister Epinosis eine Erklärung über die Vorgänge  
in Juidau ab. Die Arbeit hätte am Mittwoch wieder auf-  
genommen werden sollen, aber die meisten Kohlengruben  
und Metallbetriebe seien nicht in Betrieb gekommen.  
Er sei von dem Aktionsausschuß der Parteien und Gewerks-  
schaften angehalten worden, daß die Regierung alles tun  
solle, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Es sei aber  
falsch, wenn die Presse behauptet habe, daß linksgerichtete  
Kreise die Macht an sich gerissen hätten (?). Falsch sei  
ferner, (was W.F.W. wiederholt) zu behaupten, daß der Stadtrat  
als Gremium zum Aktionsausschuß eingesetzt worden sei. (Gesetz-  
liche Vollmacht rechts). Von den zwei entlassenen Kom-  
missaren sei ihm geraten worden, entweder die Vorsitz-  
schaft des Aktionsausschusses anzunehmen, oder mit voller Kraft  
vorzugehen. Er habe sich bereitwillig, den ersten Vorschlag  
des Aktionsausschusses anzunehmen (1) unter der Bedingung,  
daß der Ausgang die Gewähr für die öffentliche Sicher-  
heit übernehme. Der Aktionsausschuß sei dann in Tätigkeit  
getreten und erhebt in Verhandlungen mit den Unter-  
nehmern die Forderung, daß der Ausfall an Löhnen ge-  
deckt werde. Im neunten Abende habe die organisierte  
Arbeiterschaft den Lohnsanktionen und Streikmaßnahmen ein-  
geräumt. Die Arbeiter, die am Nachmittag begannen,  
konnten unterbrochen werden. Die Mäße sei jetzt wieder be-  
gestellt. Unter der Zivilbevölkerung seien 14 Tote und  
60 bis 70 Verwundete, bei der Landespolizei sechs Ver-  
wundete und zehn Vermisste zu beklagen.

### Eine Wiederorganisation in Eidenburg

Eidenburg, 7. Juli. Im Verlauf der Untersuchung  
des Attentats gegen Maximilian Baur hat sich in Berlin  
ergeben, daß die Stadt Eidenburg aus der Sitz einer Ver-  
schönerungsorganisation anzusehen ist. Der bereits verhaftete  
Schwarz, der wegen fahrlässiger Tötung eines Kindes be-  
reits zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden  
war, dem jedoch dann eine Bewährungsstrafe zugesprochen  
wurde, hat ein Geständnis abgelegt. Daraus hat sich er-  
geben, daß die Mitglieder am Attentat gegen Baur und  
die Hintermänner in Eidenburg anwesend sind. Auch einige  
Beteiligungen sind bereits aufgenommen worden, u. a. die des  
Bauhändlers Albert G. e. u. n., bei dem eine Hausdurchsuchung  
vorgenommen wurde, die außerst belastendes Material aus  
Tageslicht förderte.

### Attentat auf die obersteinstufige Note Rahne.

Melzig, 7. Juli. Die Druckerei der obersteinstufigen  
„Noten Rahne“ wurde heute wegen eines Verfalls eines  
Bauschließes Albert G. e. u. n., bei dem eine Hausdurchsuchung  
vorgenommen wurde, die außerst belastendes Material aus  
Tageslicht förderte.

### Häufiger Zeitstreik bedrohlich.

Berlin, 7. Juli. Auf Grund des § 5 Ziff. 3 der Ver-  
ordnung zum Schutze der Republik wurde die Zeitschrift  
„Häufiger“ (Häufiger) wegen eines Verfalls eines  
Bauschließes Albert G. e. u. n., bei dem eine Hausdurchsuchung  
vorgenommen wurde, die außerst belastendes Material aus  
Tageslicht förderte.

### Der 9. November Nationalfeiertag?

Von der D.S.P. ist im Reichstagsausschuß des Reichstags  
folgender Antrag gestellt worden: „Der Reichstag wolle  
beschließen: die Reichsregierung zu erlauben, dem Reichs-  
tag alsbald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, nach  
welchem der 9. November zum Nationalfeiertag des deutschen  
Volkes erklärt wird.“ (Das sollte uns noch)

### Landgemeindevorordnungsentwurf der Landkreise.

Der Verband der Kreisfreien Landkreise hat durch  
seine Mitgliederversammlung aus der Mitte der Gesamt-  
heit aller Landkreise des Staates einen besonderen Ausschuß  
zur Beratung des Entwurfs einer neuen Landgemeindevor-  
ordnung eingesetzt, in dem alle Provinzen vertreten sind.  
Dieser Ausschuß hat nach Zählungnahme mit Beratungen  
der Landgemeinden, die nachfolgenden Richtlinien beschloßen  
und dem preussischen Landtage, dem Staatsrat und der  
Staatsregierung überreicht:

1. Statt der schematischen Vereinheitlichung des kom-  
munalen Verwaltungsrechts wird empfohlen, in ausreichen-  
dem Maße den provinziellen Besonderheiten Rechnung zu tragen.  
2. Für das Eingemeindungsrecht werden folgende Forde-  
rungen im Zusammenhange mit dem der Kreise und Provinzen  
systematisch geordnet werden. Deshalb müssen die Ent-  
würfe der Landgemeindevorordnung und Städteordnung, der Kreis-  
und Provinzialordnung gleichzeitig beraten und in Kraft  
gesetzt werden.

3. Für das Eingemeindungsrecht werden folgende Forderungen  
aufgestellt: A. Da der Schein der Vereinheitlichung des kom-  
munalen Verwaltungsrechts sich erstreckt, ist dessen Ausdehnung aus  
den kommunalen Verwaltungsgeboten und die Zusammen-  
fassung in einem Sondergesetze zu fordern. Dadurch wird  
auch die unerlässliche Befreiung der Reform erreicht,  
wie sie im Hinblick auf die zahlreich schwebenden bedeut-  
samsten Eingemeindungsfragen geboten ist. B. Für dieses neu  
zu schaffende Gesetz zur Abänderung und Neubildung kom-  
munaler Bezirke müssen folgende Gesichtspunkte maßgebend  
sein: a) Kommunale Gebietsveränderungen erfolgen durch  
Gesetz, soweit es sich nicht um solche innerhalb derselben  
Landkreise handelt und förmliche Befreiung (Ausnahme b)  
einwinkelt. b) Als Befreiung ist in dieser Hinsicht ein-  
ander gleichwertig und gleichberechtigt gelten neben den  
betroffenen Gemeinden alle übergeordneten Gemeindekör-  
per, die Provinzen nur, soweit Kreisgrenzen berührt  
werden. c) Ein Ersatz mangelnder Zustimmung im Wege  
der Ergänzung durch die Befreiungsbehörde ist unzulässig.  
Der Antragstreiter der Gebietsveränderung hat in jedem  
Falle ein gemeinsames Auseinanderberathen sämtlicher  
Beteiligten stattzufinden. d) Dabei ist die Befreiungs-  
behörde aller Teile zu berücksichtigen. e) Der der Re-  
formierung des § 6, entzogene Grundbesitz, daß eine  
Bewanderung der Steuerkraft an sich eine Entschädigung  
nicht begründet, ist gesetzlich zu befestigen. f) Die  
Gewährung von steuerlichen Vorteilen an neuereordnete  
Gebietsteile ist zu verbieten. h) Es ist ein Forum zur  
Entscheidung von Streitigkeiten aus Eingemeindungs-  
verträgen (Auseinanderberathen) zu schaffen und hierbei  
die Klagerolle zu regeln.

4. In der Theorie ist die Einführung der Landbürger-  
meisterei-Vereinbarung namentlich zur Vereinfachung der staat-  
lichen Verwaltungsreform organisatorisch verhältnißlos, prak-  
tisch vielfach aus hier und dort, wo sie zurzeit noch nicht  
besteht, am Plage. In der schematischen Vereinheitlichung  
des Verwaltungsrechts muß sie aus den zu 1 genannten Grün-  
den mangels allgemeinen Bedürfnisses verworfen werden.  
Sie bedeutet wegen der durch sie bedingten starken Steigerung  
der allgemeinen Verwaltungskosten eine schwere Belastung  
für das Finanzgebahren aller Beteiligten, einschließlich des  
Staates. Die Einschränkungen des § 140 des Entwurfs  
reichen deshalb nicht aus. Befreiende Amts- und Land-  
bürgermeisterei- sowie ähnliche Verfassungen sind zu erhalten.  
Die ehrenamtliche Befreiung der Landbürgermeister darf  
nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Ausübung  
der Landbürgermeisterfunktion darf nur durch Befreiung der  
Provinziallandtage zu zugelassen werden, wo Kreisverwaltungs-  
stellen es fordern.

5. Soweit nicht das Gesetz die Verwaltungsgebiete der  
Selbstverwaltungsorgane gegeneinander abgrenzt, sind die  
übergeordneten Verbände, Selbstverwaltungsangelegen-  
heiten für sich in Anspruch zu nehmen. Bei Widerspruch,  
der nur auf bestehende Einrichtungen von den nachgeordneten  
Gemeindekörpern begründet werden kann, beschließt die Ver-  
waltungsbehörde. Diese hat auch dann zu bestimmen, wenn  
nachgeordnete Gemeinden oder Gemeindeverbände Aufgaben  
an sich ziehen wollen, die der übergeordneten Verband durch  
bestehende Einrichtungen erfüllt.

6. Die Auflösung der Ortsbezirke ist eine in vielen  
Fällen berechtigte Forderung, ihre schematische Durchführung  
aber aus den zu 1 genannten Gründen unangebracht und  
insbesondere mangels allgemeiner Einführung der Land-  
bürgermeisterverfassung in der Praxis oft unmöglich. Die  
Ausnahmestimmengesetze im Rahmen des Entwurfs reichen  
nicht aus. Die Entscheidung allein in die Hand staatlicher  
Verwaltungsbehörden zu legen, Selbstverwaltungs- und Ver-



Der Stenographenverein Stolze-Schön

Am Dienstag abend im Vereinsheim „Vergißlochen“ eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Es wurden nicht weniger als 43 Stenographen neu in den Verein aufgenommen...

Begleichung der Gas-, Strom- und Wasserzähler.

Für diejenigen Verbraucher, welche ihre Gas-, Wasser- und Stromzähler unmittelbar selbst ablesen lassen wollen, ist die Einrichtung getroffen worden...

Montag, Donnerstag und Freitag

namtägts von 3-5 Uhr die Geldheber in der hiesigen Steuerkasse zur Annahme der Rechnungsbeträge bereit sind.

Diese Bestimmung gilt erstmalig für die Einziehung der Einrednung 1922. Die Rechnung für April 1922 wird noch nach dem alten Verfahren eingezogen.

Verbraucher, die es wünschen, die Rechnungsbeträge nach wie vor in ihrer Wohnung einzahlen zu lassen, haben den Bogen außer den Rechnungsbeträgen eine Einziehungsbefehl von 50 S. je Rechnung zu besetzen.

Bezirksämteramt des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Wie wir erfahren, findet am Sonnabend und Sonntag in den Mauern Merseburgs das diesjährige Bezirksfest des Bezirkes Halle statt. Für diese Veranstaltung treffen bereits am Sonntag 15000 Sänger und Sängerinnen ein, um an dem im Schützenhaus stattfindenden Sängertag teilzunehmen.

Erntearbeit für die Studierenden der landwirtschaftlichen Hochschule.

Der Ausschuß der Studierenden der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin bittet den Reichs-Landbund, bekannt zu machen, daß während der Ernteperiode vom 1. August bis 1. November viele Studierende bereit wären, auf dem Lande Erntearbeiten zu verrichten.

Rechtswacht während der Sommerreise.

Die Postbeamten können während der Meereszeit täglich beobachtet, wie sorglos manche Geschäftsleute ihre Erholungsreise antreten. Sie glauben alles getan zu haben, wenn sie bei der Warte den Auftrag zur Nachsendung ihrer Briefsendungen gestellt haben, aber an die Geschäftsreise, über welche Mitteilung zu leisten ist, denken sie nicht.

Neuöffnung von Zigarrengeschäften.

Die neueren missverheilen Vorhänge kann für Tabakverkaufsstellen das Festen vor 1 Uhr morgens im Zugefallen auf Antrag vom Demobilisationsamt zugelassen werden, wenn in den betreffenden Geschäften das Hauptgeschäft nachweislich in den frühen Morgenstunden stattfindet.

Berichtungen und Bekanntmachungen.

Der Stenographenverein Stolze-Schön unternimmt am Sonntag eine Wanderung nach Döllnitz.

Der Meschinger Mitarbeiterverein hält am Dienstag abend 8 Uhr im „Fivoli“ eine Mitgliederversammlung ab.

Die Schmärer haben am Montag, den 15. 8 Uhr im „Fivoli“ Versammlung.

Die wachsende Not der Reife.

Während alle Bemühungen, die unerträglich hohen Druckpapierpreise für die Zeitungen im öffentlichen Interesse zu senken, bisher nicht die geringste Milderung der katastrophalen Zustände herbeigeführt haben, wird den Zeitungen am 30. Juni durch das Schlußamt unter Hinweis auf die weiteren Preissteigerungen und den neuen Ausschlag auf die Kohlenpreise, und insbesondere auf die Preissteigerungen der Zellstofffabriken und die Preistreiber und gleichzeitige Zurückhaltung der Holzbesitzer auf dem Holzmarkt mitgeteilt, daß ab 1. Juli der Preis für Druckpapier um rund weitere 25000 Mark für den Bogen heraufgesetzt wird.

Die Zeitungen, die sich den steigenden Preisen widersetzen, müssen längst nicht den bisherigen enormen Preisen wirtschaftlich gemessen werden, müssen also eine neue Bewertung des Papiers um das Zwanzigfache des gesamten Preisniveaus für Juli tragen. Damit hat der Preis für Druckpapier das 100fache des Preisniveaus erreicht. Das Zeitungsgewerbe soll anschließend seinen

Die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Regierung bereit.

Der Dollar 510.

Berlin, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht). Heute mittag fanden Verhandlungen zwischen dem Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei über den Eintritt in die Regierung statt. Die Deutsche Volkspartei hat die von den bürgerlichen Koalitionsparteien an sie gerichtete Anfrage, ob sie unter den ihr gestellten Voraussetzungen zum Eintritt in die Regierung bereit sei, mit bezug auf die festige Regierung bejaht. Aus dem Wortlaut des Antwortschreibens geht aber zur Genüge hervor, daß eine gleichzeitige Erweiterung der Koalition nach links hin für die Deutsche Volkspartei nicht in Frage kommt.

Der heutige Dollarkurs.

Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht). Der Dollar notierte heute vorbörslich 495-496, um 12 Uhr 510. An der Börse herrscht größte Erregung.

Das Hausgehilfenrecht im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 7. Juli. Am vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde die Eingelagerung des Hausgehilfenrechts fortgesetzt. Beim 12. der eine tägliche Arbeitsbereitschaft von 13 Stunden vorschief, entwickelte sich eine längere Aussprache. Schließlich wurde ein Arbeitsberichtsvertrag mit 86 gegen 77 Stimmen angenommen, wonach der Hausgehilfe nur auf eine unterbrochene Nachruhe von neun Stunden Anspruch haben soll. Als alle anderen Anträge abgelehnt wurden, erklärte die Vertreterin der Hausgehilfen Frau Köhler, daß die Arbeitnehmer nunmehr kein Interesse an dem Gesetz hätten, worauf dieselbe förmlich den Saal verließ. Der Rest des Gesetzes wurde nun nach dem Antrag der Arbeitgeber angenommen. Eine dritte Sitzung soll nach den Ferien stattfinden, um eine neue Brücke zu den Arbeitnehmern zu finden. Ein Antrag des finanzpolitischen Ausschusses

Lebensweg bis zum bitteren Ende weiter gehen.

Die deutschvolksparteiliche Zeitung „Die Zeit“, ein Blatt, das erst vor wenigen Monaten mit großem Aufwande Leben gerufen wurde, sieht sich gezwungen, seinen Lesern mitzuteilen, daß es, statt zweimal täglich, in Zukunft nur noch als Abendblatt erscheinen werde. Dieser Schritt war nötig, weil das Blatt andernfalls, wie es mittelt, den Bezugspreis infolge der allgemeinen Teuerung hätte verdoppeln müssen. Eine dritte Sitzung soll nach den Ferien stattfinden, um eine neue Brücke zu den Arbeitnehmern zu finden. Ein Antrag des finanzpolitischen Ausschusses

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Nützige Schlägerei.

Teilsch, 6. Juli. Gelegentlich des hiesigen Viehmarktes kam es im „Preußischen Hof“ zu Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gärten. Die sich dann auf der Straße fortsetzten und in eine blutige Schlägerei ausarteten. Als der Galtbauarbeiter zu vermitteln suchte, richtete sich besonders die Wut der Gebrüder Feinig aus Witterfeld gegen ihn und der eine von ihnen schlug ihn, hochschreitend, mit einer Pistole, über den Kopf, so daß er erhebliche Verletzungen davontrug. Als dem Feiniger eintritt, wandten sich die Gebrüder D. gegen diese und schlugen einem Wadmeister so auf die Hand, daß er eine starke Verletzung davon trug. Währendem wurde die Haltung des angefallenen Publikums zwischen den verschiedenen Gärten, die sich dann in den sich die Brüder geflüchtet hatten. Die Polizei erhielt Verstärkung und Polizei und Publikum brachten die Streitbaren aus dem Stall. Hierbei wurden diese vom Publikum furchtlich zugerufen, so daß der Arzt, dem die Verletzungen früher zugefügt wurden, erklärte, daß er solche Verletzungen nach einer Schlägerei selten gesehen habe. Unter starkem Schutzmarschaufgebot und großem Anlauf wurden die Festgenommenen nach der Wache gebracht.

Wiederaufbau.

Kannberg, 6. Juli. Vor 53 Jahren war von hier ein junger Mann nach Amerika ausgewandert. Für seine Schwester, die Witwe Molinoro, galt er als verstorben, so daß er nie etwas von sich hören ließ. Jetzt kehrte der Auswanderer plötzlich zurück und durch endloses Hin- und Herfragen stellen dann beide fest, daß sie Geschwister wären. Die Freude des Wiedersehens, das in einem hiesigen Gasthose stattfand, wurde durch eine ansehnliche Zahl von Dollarnoten erhöht, die der Bruder spendete.

Schweres Unglück bei einem Radfahrerfest.

Werra, 5. Juli. Bei einem Radfahrerfest in Niederwehren führte wegen zu großer Belagerung eine Leinwand ein Werra-Berliner wurden schwerverletzt, darunter einige lebensgefährlich.

Ein Nachlass-Erbschaft der Baronin Rothschild.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Die in Paris verlebte Baronin Salomon von Rothschild hat ihrer Verstorbenen Frankfurter am Main letztwillig den Betrag von 500000 Francs, das sind nach der heutigen Währung etwa achtzig Millionen Mark aus ihrem Nachlass für die Wohlfahrts-Einrichtungen der Stadt zur Verfügung gestellt und außerdem einige hervorragende Wertpapiere und Silbergegenstände dem hiesigen Anstaltstitel überlassen. Außer der Stadt Frankfurt am Main ist die Rothschildische Bibliothek mit 50000 und das Arcolintheum mit 25000 Francs bedacht worden.

Wieder ein Raubmord.

Bormund, 6. Juli. Der Tuchhändler Kied der sich mit seiner Tochter an dem Seimwege befand, wurde von Mitternacht von zwei Männern, die ihm aufgefahnen waren, überfallen und durch sechs Hebelverhänge niedergedrückt. Er starb bald nachher. Die Täter raubten ihrem Opfer die Brieftasche und mehrere Schlüssel.

Schuss auf Aenderung des Einkommensteuergesetzes dahin, daß entsprechend dem geltenden Seimwert der abzugsfähige Betrag von 3000 auf 6000 Mark erhöht wird, wurde einstimmig angenommen. Das Haus vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Die Angst vor der Wahrheit.

Paris, 7. Juli. (Eig. Drahtber.) In der Kammerführung die bis 12 Uhr nachts andauernde, redigiertere gilt Poinecaré in der üblichen Weise gegenüber dem Wortwurf, daß Frankreich die Hauptschuld am Kriege habe. Es gelang ihm, die von links beantragte Einziehung eines Untersuchungs-ausschusses über die Kriegsschuldfrage zu verhindern. Der Antrag Coururier, der eine billige Klärung der Lage bei Kriegsausbruch schaffen wollte, wurde abgelehnt.

Die holländischen Kammerwahlen.

Amsterdam, 7. Juli. Die getriggen Wahlen zur zweiten holländischen Kammer hatten nach der vorläufigen nicht-amtlichen Feststellungen folgendes Ergebnis: Rechtsparteien 48, Sozialisten 25, Einheitsliste 11, Kommunisten 3, verschiedene kleinere Parteigruppen 13 Mandate.

König der Ordnung in Dublin.

London, 7. Juli. In der vergangenen Nacht erfolgte die Liebergabe der letzten Schikane der irrischenen Streitkräfte. Abgesehen von kleineren Schieberien ist die Ruhe in Dublin fast vollständig wiederhergestellt. Der angerichtete Schaden ist allerdings beträchtlich. Durch Feuer allein sind über 25 Gebäude zerstört worden, darunter mehrere der bekanntesten Hotels. Man erwartet von der Regierung, daß sie die irrischen Streitkräfte allgemein, daß sie nimmere auch in den Rand-Bezirken entschlaffen gegen die Rebellen vorgeht.

Dollar-Kurs.

Frankfurt am Main, 5. Juli. Am vergangenen Sonntag wurden im D-Büro Köln-Frankfurt einem Amerikaner von internationalen Tagesbörsen eine vorläufige Brieftasche mit 211 Dollar, ein Kreditbrief über 25000 Dollar und ein Kreditbrief über 10000 Dollar anvertraut. Die Täter sind unbekannt.

Wien, 7. Juli. Dem Amerikaner Julius Steeger, der sich in einem hiesigen Sanatorium befindet, wurden aus dem Schlafzimmer Schmuckgegenstände im Werte von 4000 Dollar, also von etwa achtzig Millionen Kronen, gestohlen.

Wider Landarbeitereinstreit.

Bernburg, 5. Juli. Im Waldau, Roschwitz, Ibersieda, Altendorf und Adersdorf streiten die Landarbeiter. Der offizielle Landarbeiterverband wendet sich gegen diese Streiks, die auf kommunistische Einschülfierungen zurückzuführen seien. Die Vorstandsarbeiten werden nur zum kleinen Teil verrichtet.

Einem Anruf gegen den Alkoholmißbrauch.

Kronach, 6. Juli. Einem Anruf gegen den Alkoholmißbrauch erläßt das Bezirksamt Kronach. „Wenn es so weiter geht“, heißt es darin, „wird unter Volk der Seelumpung und dem Verderben zu.“

Handel und Verkehr.

Devisen fester, fürnisch steigend.

Berlin, 6. Juli. Am Donnerstag eröffnete der Devisenmarkt in großer Zurückhaltung. Die Dollarpazität stellte sich auf 427. Man nannte Kabel anfänglich 427-430, London 1905-1915. Das Geschäft wurde allmählich lebhafter; unter wiederholter Schwankungen gingen die Kurse nach oben. Der Dollar sprang auf 435, später auf 438 und wurde bei Briefenschein mit 441-443 gehandelt. Die übrigen Devisen bewegten sich analog. So war London um 12 Uhr gehandelt mit 1960-1970, Holland 17050-17150, Paris mit 3615 bis 3635 und Prag mit 845-850.

Der Devisenbedarf war an der Börse im Verhältnis zum Angebot so stark, daß die meisten Kurse fast kopiert werden konnten. Nach 4 Uhr gestillte sich der Verkehr nach vorübergehender geringfügiger Abschwächung weiterhin lebhaft bei außerordentlich fester Tendenz. Material war überhaupt nicht mehr zu haben. Der Dollar war bis zu 4 3/8 gestiegen, London bis zu 2090. Die Markt wurde aus New York gemeldet: 9 1/2 Uhr mit 22 1/2 bis 23 1/2, um 11 Uhr mit 21 1/2, das heißt paritätisch für den Dollar 462 bis 465 Mark. Gegen Abend trat eine weitere sprunghafte Erteigerung ein, der Dollar wurde zum Schluß mit 470-473 gehandelt, London mit 2090-2100. Bemerkenswert war die besondere Festhaltung der Devisen Prag, welche zum Schluß mit 935 gestiegen war.

Effektenmärkte.

Berlin, 6. Juli. Durch das Nichterlösen der Devisen ist den milderen Berichten für und vor geöffnet. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen auch an der Börse die Unsicherheit zunimmt. Die Devisen steigen ins Ungeheuer und beeinträchtigen dadurch den Effektenmarkt nachahlig. Bei den Banken lagen vielfach limitierte Aufträge vor, und da Angebote so gut wie gar nicht vorhanden waren, bildeten ernstliche Kursgewinne im allgemeinen wieder die Regel.

Hierzu kommt, daß am Winterrand Rufe von ischodollowattiger Seite zu beobachten waren, von denen namentlich oberbayerische Glendahlbedarf profitierten. Die 125 Pro, über den letzten Schlußkurs eröffneten. Abends nach gemauern 120, Kohlringer Dichte 70, Wuderus 84 und Deutsch-Luzemburg 45 Prozent. Von Kalibretten waren Hieserleben begehrt und 100 Prozent höher. Chemische Werte erannen bis 85 Prozent, Elektroverme bezeichnen die 75 Prozent. Von Waggonfabriken zeigte sich Interesse für Sann-Waggon, die 140 über den Nachschubkurs eröffneten. Von Waggonfabriken gemannen Berliner Maschinen 32 Pro, Deutsche Maschinen 23, Hartmann 40, Gebrüder Höring 50, Dreuflein & Koppel 55 Pro, von Metallwerken Worenz 40, Dugo Schneider 40, Bögel 76 Pro, von Zentrifugalen Nordb. Wollé 45, Mammorgn Zische 50 Pro, Als recht fest, sind noch Bafalt zu erwähnen, die 150 Pro, gemannen.

Von fremden Werten wurden 5 Pro, Werritler zu 154 Pro, und 5 Pro, Tebanteppe-Melisse zu 125 Pro, höherer wurden dem Markte entnommen. Auch Bank und Schiffahrtstaktisch schloffen fest, der Aufwärtsbewegung an.

Unterhaltungen.

Berlin, 4. Juli. Aufgehört und verheiratet 375 Pro, zu 8800 M. im Durchschnitt. Goldpreis 9360, niedr. Preis 7380 M. Die erzielten Briefe betragen für Ostpreußen 7480-8740, Hannover 8650-9130, Oldenburg 8580 bis 9360.

# Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Ward.

(Nachdruck verboten.)

„Nein — und ich will weder etwas daran ändern, noch schöne Worte machen. Vielleicht erzähle ich dich jetzt noch mehr — vielleicht aber auch erst nach dem, was ich nicht so tief im Unrecht war, wie du jetzt glaubst. Du bist — wie die meisten reichen Leute, glaube ich — der Meinung, daß die Welt dir gehört, daß nur du Rechte hast. Du meinst, die Menschen, die Reichen von dem Gelde haben — gleichgültig, ob sie mit einem Anrecht darauf geboren sind oder nicht — wären deine Sklaven, die keine eigenen Gefühle, keine selbständigen Ansichten haben dürften, die kein Recht haben, sich ihr Leben selbst zu bestimmen. Nach diesem Glauben bist du mit meiner Stiefschwester, mit meiner Schwester und mit mir selbst verfahren. Und einzig meine Stiefschwester hat es verstanden, sich scheinbar unter diese Ansichten zu beugen, die zu schmeicheln, während sie in Wahrheit dich zwingt, ihr zu folgen — während sie aus deinen verkehrten Anschauungen den größten Nutzen zog.“

„Was heißt das: mir zu schmeicheln? — Ich habe Schmeicheleien immer verachtet, und Mabel würde es nicht einmal ertragen haben, mir damit zu kommen!“

„O gewiß — sie ist fast genug, die rechte Form für ihre Schmeicheleien zu finden! Darauf, daß jemand dein Volk in überschwänglicher Zonart singt, wüßtest du allerdings nicht hören. Ja, Mabel ist sehr klug — und sie regiert dich, während du in der Meinung befangen bist, sie wie jeden in deinem Hause zu regieren. Sie ist es, die dir sagt — oder einigt — was zu tun ist. Sie war es, die auf den Gedanken kam, eine Gesellschaft für Madalene ins Haus zu nehmen; nicht, weil sie Madalene eine Freude damit machen wollte, sondern um der lästigen Berührung entgehen zu sein, sich selbst um die Verdächtige zu bestimmen.“

Ein Paar mal hatte es den Anschein gehabt, als wollte der Freiherr den Redenden unterbrechen. Aber er hat

„S nicht getan. Denn es kam ihm eine Meinung, als konnte doch viel Wahres in Eberhards Worten sein — und er konnte sich nicht dazu entschließen, ihm zu verbieten, in dieser Weise zu sprechen. Auch jetzt, als der junge Mann eine kurze Pause machte, verbarste er schweigend. Und Eberhard fuhr fort: „Mabel war es, die die Gesellschaften engagierte — und zwar eine, die ihrer Meinung nach „ungefährlich“, das heißt unscheinbar und unbedeutend war. — Nun, darin hat sie sich jedenfalls geirrt,“ fügte er mit einem leisen Lächeln hinzu.

„Mabel war es auch, in deren Kopf der Plan entstand, mich zu verheiraten. Und sie bewies auch dabei, daß sie eine gute Rednerin war. Denn zunächst wurde sie mich los — unbekannt war ich ihr natürlich immer — und dann bedeutete ihr der Name des Grafen Adringen eine Bräute, in die erste Gesellschaft zu gelangen — die Gesellschaft, die sich zu ihrem geheimen Anjamm vor ihr verschloß.“

Da fuhr der Freiherr doch auf:

„Wenn du es wagst, diese Worte auch auf mich zu beziehen —“

„Nein, Vater! — Ich weiß, daß du dich nur von der Absicht leiten ließest, mir eine glänzende Lebensstellung zu verschaffen. Mabel aber verfolgte andere Zwecke. Und als sie sah, daß meine Zuneigung für Herta Leutenborff ihre schönen Pläne zu durchkreuzen drohte, — es war wahrhaftig nicht schwer, diese Zuneigung gewahr zu werden — da übergriff sie in ihrer Angst die Heirats-Angelegenheit. Wieder war sie es, die dich veranlaßte, die Komplette und ihren Vater einzuladen. Und sie zwang uns, fortwährend beizumischen zu sein. Schade nur, daß ich schon verheiratet war, als Herta Adringen kam.“

„Warum hast du mir keine Liebe für das Mädchen nicht offen eingestanden?“ fragte der Freiherr abgebrochen und mißwillig.

Eberhard sah ihn fest an.

„Was hätte es für einen Nutzen gehabt? — Du weißt, daß es damals die gleichen Folgen gehabt hätte, die es heute hat. Hätte ich dir davon gesprochen, ehe Herta mein Weib war, so hätte ich das junge Mädchen daumangeln, und du hättest vielleicht nicht zugehört und Weis-

gewonnen, unsere Vereinerung zu hinterlassen. Später aber, nachdem diese Vereinerung vollzogen war, hätte ich dich ganz so behandelt, wie du heute handelst.“

Je mehr der Freiherr erkannte, daß sein Sohn nie die Wahrheit sprach, um so mehr wuchs eine unerlöliche Unruhe in ihm, gegen die er sich nur mit verdoppelter Räte und verdoppeltem Zorn wappnen konnte. Mit einem finsternen Blick sah er Eberhard.

„Und das soll eine Entschuldigung sein dafür, daß du mich schmählich hintergangen hast?“

„Du wolltest ja die Wahrheit nicht hören, Vater — du wolltest keine andere Meinung gelten lassen, als daß wir alle nur Puppen in deiner Hand wären. Die Folge war, daß es uns fast zur Besessenheit werden mußte, dich zu küssen.“

Johannes Rominger schlug mit der gehaltenen Faust auf die Tischplatte, aber Eberhard ließ sich nicht mehr einschüchtern.

„Du hast mir verboten, nach Monte Carlo zu gehen; so ging ich heimlich.“

„Das wagst du mir zu sagen!“

„Ich darf jetzt nicht nur alles sagen, sondern ich habe geradezu die Verpflichtung, es zu tun,“ erwiderte Eberhard.

„Denn du sollst wissen, daß du mit deinem Verbot des Besuchs der Spielplätze die Heirat herbeiführst hast, ohne es zu ahnen. Mehr vielleicht aus dem Gefühl heraus, daß ich kein Kind mehr sei, denn man das Mädchen von Zuderverst untergehen muß, als aus unüberwindlichem Drange zum Spiel habe ich mich nachts für Nacht aus dem Hause geschlichen, um das Kasino aufzuluchen. Es war eine Torheit — ich gebe es zu; aber du warst es, der mich dazu trieb. Mabel vermutete, daß ich heimlich nach Monte Carlo ging, und da sie damals die glänzende Idee, mich zu verheiraten, noch nicht gefaßt hatte, erlaubte sie mir, mich nach Monte Carlo zu begeben, und mehr darauf ausging, dich und mich zu entzweien, wollte sie meine Liebertragung deines Verbotes für diesen Zweck ausnutzen. Du erinnerst dich vielleicht jener Nacht —“

(Fortsetzung folgt.)

# Bad Elster

Badeschriften und Auskunft durch die Badedirektion, in dem Deutschen Verkehrsbüro Berlin Potsdamer Bahnhof, sowie in allen Vertretungen des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER).

# Eisen-, Mineral- und Moorbad hilft

Heilwasserversan.

### Familien-Nachrichten.

Verheiratet: Ernst Brandt und Frau Olga, geb. Große, Weiskirchen.

Geheiratet: Gustav Friedrich, 68 Jahr, Bamberg; Emilie Schilling, 71 Jahr, Enkel: Günther Schulz, Leipzig-Röden; Paul Scheibin, Leipzig-Röden; Gustaf Wärm, 9 Monate, Weiskirchen.

### Grundstücks-Verkauf!

Sonntags, den 8. Juli d. J., nachmittags 5 Uhr, findet in Metzels Restaurant am Bohmmarkt, hier, die Versteigerung des Hausgrundstückes Hälzerstr. Nr. 3 in Merseburg, öffentlich meistbietend statt. Wohnung mit frei. Beschäftigung mit Sonntag und Freitag nachmittags von 1 bis 5 Uhr. Bedingungen im Termin, 5000,— Mark. Versteigerung erforderlich.

Albert Franke, beid. Auktionator, Lindenstr. 1.

### Gestrickte Damen-Jacken

in Wolle und Kunstseide

### Seidene Blusen Wasch-Blusen

empfehlen in reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert

### H. Schnee Nachf.

A. & F. Ebermann  
Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34.

### Stadttheater Halle.

Sonntags, abds. 7.30 Uhr  
**Der Zigeunerbaron.**  
Berets-Vorstellung.  
Sonntag, abds. 7.30 Uhr.

Das **Dreimäderlhaus.**  
Montag, abds. 7.30 Uhr  
**Die Fledermaus.**

### Kahlbaum-Büffet

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 62

### Orig. Wiener Schrammeln!

Stimmung! Humor!

### Möbel

Offener billigste Speise-Zimmer Schlaf-Zimmer Küchen in allen Farben Polsterwaren Kleinföbel Einzelmöbel Auf Wunsch Teilzahlung

### N. Fuchs

Leipzig Kurprinzstr. 13

### C. A. KLEMM

Leipzig I, Farnstr. 2096 Neumarkt 26

Flügel Flügel  
Pianos Musikalien Pianos  
Harmoniums Harmoniums  
Grammophone Schallplatten

Planoforte-Reparaturen Klavier-Timmungen  
Künstler-Notenrollen für 65er u. 88er Apparate

### Benzol

Lösungs-Luxus-Spezial-Schwer

### Auto-Benzin

Techn. Öle und Fette

Pa. Leuch-Petroleum  
Wäsche

Prompt in Kesselwagen-Fässern und Kannen günstig lieferbar. — Preise und Muster zu Diensten.

Mitteldeutsche Chemikalien-Ges. m. b. H.  
Leipzig-Lindenua

Vertreter allerorts gesucht!

### Kleinkunst-Atelje

Neues Schattenspiel  
Sonnens. an den 5. und 6. abds. 8 Uhr  
Das große Fest-Programm.  
Ganzjährig erstklassiger Kleinkunst-Atelje  
Jeden Freitag Tag-Programmwechsel

Direktion: H. Eilenberger.

### Merseburger Mieterverein.

Dienstag, den 11. Juli, abds. 8 Uhr im „Zoo!“

### Mitglieder-Vermählung.

2 Tagesordnung: 1. Beitragsberichtigung; 2. Bericht über den Jahresabschluss.  
Der Vorstand: Fräulein.

### Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 9. Juli 1922 (4. nach Trinitatis) Gelammelt wird eine Kollekte für das Gildabeth-Gift in Reinitz am Ort.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Dionysius Butte  
Biblischbibliothek: Gedächtnis-Sonntag von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr mittags.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Jenisch.  
Vorm. 11 Uhr: Kinder-Gottesdienst. Pastor Henz.

Evang. Männer- und Jugendverein  
Sonntag, abds. 8 Uhr: Vermählung. An der Weisel 5. — Herr Kros.

Evang. Mädchenbund St. Maxim.  
Dienstag, Georgenfest fällt aus.  
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Vermählung (Letzter Abending.) An der Weisel 5. — Pastor Henz.

Evang. Frauenhilfe St. Maxim.  
Donnerstag, nachm. 4 Uhr: Standeshöfchen.

### Anzüge, Hüter, Valetots, Schlüpfer, Hojen, Westen

besten Zeile am billigsten bei Käthe Schime, Leipzig, Sperrergasse 10, 1. Etage.

### Lausofan vernichtet Kopfläuse und deren Brut

Bequeme Anwendung. — Völlig unschädlich. Ärztlich empfohlen. 1 Flasche für 40 ausreichend. Erhältlich in Apotheken, Drogerien usw.

### Sammelbogen für Brotmarken

hält wieder auf Lager und sind in jedem Quantum zu beziehen

Geschäftsstelle des Merseburger Tageblatt  
Merseburg, Hälterstr. 4. — Tel. 100.

### Zeitungs-Austräger gesucht.

Merseburger Tageblatt.

### Wanderung nach Delitzsch.

Sonntag, den 9. Juli 1922, abdmitt. ab 2 Uhr nachm. von der Weiskirchen. Der Vorstand.

### Berein der Ostmärker

Nächsten Sonntag, abds. 8 Uhr im „Zoo!“  
**Monats-Vermählung**  
Speltes, kompl. mit prima Sobelinschinken 3500.—  
Herren, desgl. 3500.—  
Küchen 650.—

Möbelheim Leipzig, Langestr. 22  
Verband nachall. Stationen

### Verkaufsstellen

1. Schützen. Interhallen u. Tagesblätter werden eingekauft. Geboten u. nichtig. 3-5000 M. erford. Off. Schließl. 22. Dresden 24. Risikoportio erbeten.

### Anfertigung eleganter Herren- u. Damen-Moden

**E. H. Georg, Merseburg**  
Kossmarkt 4 — Kossmarkt 4

Laden mit Wohnung (mit Preisangabe) gesucht. H. H. B. 2004 an die Geschäftsstelle.

Herr sucht out möbl. Zimmer. Offerten u. A. P. 655 an die Exped. d. Blattes.

Anständ. junger Mann sucht sofort Schlafstelle. Angeb. unt. G. S. 657 an die Expedition des Tagesbl.

Chiliches, anständiges Mädchen i. Schlafstelle. Angebote unt. A. G. 656 an die Exped. des Bl.

Möbl. Zimmer für sofort gesucht. Offerten unt. V. T. 688 an die Expedition dieses Blattes.

Möbliertes Zimmer gesucht. Offerten unt. N. G. 689 an die Expedition d. Bl.

### !! Bidet, Mitter !!

Wien- und Hautröde!  
Ein einfaches wunderbares Mittel teile kosten! Mit. Genau anrufen für welchen Schmutzmittel. Frau H. Poloni, Hannover H. 350. Schließl. 106.



# Beilage zu Nr. 157 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 7. Juli 1922

## Sturmjahren im Reichstag.

Berlin, 6. Juli.

Auf der Tagesordnung stehen vier Interpellationen, die sich

### gegen antirepublikanische Kundgebungen

richten. Eine Interpellation Agnes (U.S.P.) erhebt Einspruch gegen das Fortbleiben von Selbstschutzorganisationen. Eine weitere Interpellation Agnes behauptet, daß Personen, deren Handlungen strafrechtlich durch die Amnestie vom 4. August 1920 geschützt sind, zivilrechtlich für Handlungen verantwortlich gemacht werden, die sie zur Abwehr des Kapp-Putsch begangen haben.

Eine Interpellation Müller-Frauen (Soz.) protestiert gegen die Regimentsfesten, die sich immer mehr zu antirepublikanischen Kundgebungen auswählden. Eine Interpellation Gröppien (U.S.P.) verlangt Aufklärung über die Vorbereitung in Erfurt anläßlich der Hindenburg-Feier.

Abg. Dr. Moses (U.S.P.) begründet die unabhängigsocialistischen Interpellationen. Gelingt es nicht, mit dem deutschen nationalen Morgenjournal fertig zu werden, dann komme es zum offenen Bürgerkrieg.

### Artikel 18 der Verfassung.

Nach 3 Uhr wird die Aussprache durch die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung Neuaufhebung von Ländern durch Selbstbestimmung unterbrochen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien angenommen.

### Fortsetzung der Interpellationsdebatte.

Abg. Vogel-Straen (Sozdem.) begründet die Interpellation der Mehrheitssozialisten wegen der Regimentsfesten. Der Redner bezieht sich auf einzelne Regimentsfesten und behauptet, diese hätten durchaus monarchistischem Charakter gehabt. Ueberrascht wurde auch die Reichswehr mit. Justizminister Dr. Madack beantwortet die Interpellation wegen Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr höchstverräterischer Unternehmungen zum Schadenverzug beurteilt sind. Der Minister versichert eine Entscheidung in einem derartigen Falle, in dem die Schadenverletzung abgelehnt worden ist. Von einem antilichen Erlass des bayerischen Innenministers bezüglich der Informierung der Maßnahmen auf Grund der neuen Verordnung sei ihm nichts bekannt. Es werde in fixen Gegenständen zur Verfügung stehen. Wir haben alles Verständnis für die Schwierigkeiten der bayerischen Regierung.

Major Scheifer antwortet in Vertretung des erkrankten Reichswehrministers Dr. Gessler auf die Angriffe gegen die Reichswehr. Die Beteiligung der Reichswehr an der Hindenburgfeier in Königsberg war vom Reichswehrministerium genehmigt. Die Reichswehr hat alle Verhandlungen mitgehalten. Ein Demonstrationzug, der auf die Anmarschstraße

der Truppen gerichtet war, hat sich indes nicht an die Beratungen gehalten. Es kam zu dem bekannten Zusammenstoß, bei dem die Demonstranten mit den Stangen der mitgeführten Transparente und mit Steinwürfen auf der Truppen gerichtet war, hat sich indes nicht an die zunächst nicht möglich. Die einzelnen Leute vertrieben sich teils mit dem Kolben, teils mit aufgeschlagenem Seitengewehr, einzelne auch durch die Schutzwaaffe. Erst nach deren Anwendung gelang es, den Angriff abzuwehren.

### Die Truppe hat nur in der Notwehr gehandelt.

(Großer Saal links. Vizepräsident Best bittet, den Regierungsvertreter ruhig anzuhören. Zuruf: „Hinterstehen soll er sich!“) Daß die Gedenkfeste fast durchweg einwandfrei verlaufen sind, beweist am besten der Umstand, daß trotz der verhältnismäßig großen Zahl dieser Feste Zwischenfälle und Übergriffe der Öffentlichkeit nur in verschwindender Zahl vorgekommen sind.

Wenn ich die schwarz-weiße rote Fahne verbieten soll, so müßte ich auch die roten Fahnen und den Sowjetstern verbieten.

(„Hört, hört!“ und „sehr richtig!“ rechts.) Die Regimentsfeste sollten eigentlich ein Mittel sein, um die im Volke vorhandenen Gegensätze zu beseitigen (Zuruf links: „Werden Sie nicht rot, wenn Sie das sagen!“) Monarchistische Kundgebungen können darin nicht erblickt werden. (Zuruf links: „Redner schmeißt!“) Der Jurist erhält einen Erdungsruf.) Selber kommen Zatschkoheiten vor. Gegen diese wird eingeschritten. Im übrigen unterliegt die Frage eines völligen Verbotes der Teilnahme der Reichswehr an Regimentsfesten ausschließlich der Prüfung des Gesamtabministers.

Justizminister Dr. Madack beantwortet die Interpellation über die Selbstschutzorganisationen. Wir haben schon vor längerer Zeit verschiedene Organisationen aufgelöst und sind später, wo aufgelöste Organisationen unter anderem Namen weiter existierten, zu einer neuerlichen Auflösung gekommen. Schon mein Amtsvorgänger hat vor anderthalb Jahren einen Gesetzesentwurf eingebracht zur Errichtung eines Reichskriminalpolizeiorgans. Der Entwurf schont die Polizeihohheit der Länder, aber da, wo es sich um zentrale Interessen des ganzen Reiches handelt, gibt das Gesetz dem Reich die Zentralhoheit. Ich habe dieses Gesetz jetzt dem Reichsrat eingebracht. Es handelt sich aber auch um eine wirtschaftliche Frage, wie wir die zahlreichsten wurzelloosen Existenzen unterbringen sollen. Ich bin in Verbindung getreten mit den Gewerkschaften und dem Reichsverband der Deutschen Industrie. Die Gewerkschaften haben sich zur Mittelle bereit erklärt, daselbst möchte ich auch von dem Reichsverband der Deutschen Industrie hoffen.

Abg. Enno (D.Dt.): Zu den Vorgängen in Dresden muß ich sagen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg den berechtigten Wunsch hatte, in seinem hohen Alter seine Heimat noch einmal zu besuchen. Die Veranlassungen waren durchaus unpolitisch. Der Besuch Hindenburgs war ein Triumphzug, wie ihn die deutschen Lande noch nie

gesehen haben. Schämten sollten wir uns vor dem Ausland (Zehnter Beifall rechts und Händelstischen auf den Tribünen. Großer Saal links. Die Abgeordneten der Linken verlangen sofortige Nennung der Tribünen, Anhalten großer Saal, erregte Zwischenrufe von links und rechts. Vizepräsident Dr. Best ordnet förmlich an, daß die drei Herren, die den Beifall gebendet hatten, von der Tribüne entfernt werden. Nur allmählich tritt wieder Ruhe ein.) Der Redner schließt mit der Erklärung, daß man trotz aller Bilderhändler Hindenburgs Bild aus dem Herzen des deutschen Volkes niemals werde entfernen können. (Beifall rechts.)

Abg. Henkel-Horenfen (Frischl.) stellt fest, daß die Deutschnationale Parteileitung angeordnet hat, daß alle Mitglieder, die einer verbotenen Organisation angehören, ausgeschlossen seien. Hindenburg sollte als Retter des Deutschen geehrt werden, auch von der Linken. (Zuruf links.) Wenden Sie, daß sich das Bürgerium jetzt mehr als abföhndet läßt? (Großer Saal und Saal links, Gerühlung rechts.) Ohne Selbstschutz und Reichswehr hätten wir längst die Anarchie. (Anbauernder Saal links.) Und sie (nach links) können uns nicht einschüchtern. Die Regierung wird die Tagelöhner noch sehr gebrauchen. (Zehnter Beifall rechts.) Wir werden nur aus der Not herauskommen, wenn wir wieder eine nationale Einheitsfront von rechts bis links haben. Unser Volk hat unüberwindlichen Mut erworben. Das lassen wir uns nicht aus dem Herzen reißen. (Saal links.) Sie von der Linken müssen sich schämen, daß Sie unseren tapferen Heer in den Rücken gefallen sind. Es erhebt sich sofort

großer tosender Saal auf der Linken. Die sozialistischen Abgeordneten bringen von der Bank auf und erheben drohend die Hände. Dritte Reihe: Schacht, Schäfer, Fiedler und, Klump. Minutenlang dauert der tosende Saal. Der Präsident übergibt schließlich die Glocke einem Diener und verläßt den Saal, nachdem er mitgeifelt hat, daß die Sitzung für eine Viertelstunde unterbrochen ist. Der Saal demert nach langem An.)

Um 1/7 Uhr eröffnete Präsident Ebbé die neue Sitzung mit folgender Erklärung: Als der Sturm im Ganzen die Unterbrechung der Sitzung nötig machte, hat der Abgeordnete Densel ausgesprochen, und soll dabei auf die Bänke der Sozialdemokraten gedeutet haben, daß sie die Schuld auf sich geladen hätten, dem kämpfenden Heere in den Rücken gefallen zu sein. Das ist von den Sozialdemokraten als eine besondere Kränkung empfunden worden, weil aus Reihen der Abgeordnete Frank als Erster den Selbstmord den Sozialdemokraten gedeutet haben, daß sie die Schuld auf sich geladen hätten, dem kämpfenden Heere in den Rücken gefallen zu sein. Das ist von den Sozialdemokraten als eine besondere Kränkung empfunden worden, weil aus Reihen der Abgeordnete Densel hat sich für seine Behauptung bemerkt wollen auf den unabhängigen Magdeburger Stadtratsordneren Vater. Abgeordneter Densel sagt, er sei der Meinung, daß der Abgeordnete Vater sich selber zu dieser Schuld bekannt habe. (Zürnlicher Widerspruch links.) Präsident Ebbé erlegt darauf dem Abg. Densel das Wort zur Fortsetzung seiner Rede. Zürnlicher Widerspruch links. Die Abgeordneten der Linken drängen wild auf die Rednertribüne los und umlagern diese. Der Abg. Henkel

ih zur Tribüne hinaufgeleiteten, vermag bei dem tosenden Lärm oder nicht das Wort zu nehmen. Da der Lärm orkanartig aufwühlt und dauernd anhält, bricht Präsident Lobe wiederum die Sitzung ab. Die Erregung hält noch lange an. Von der Tribüne werden Papierballen nach rechts geworfen. Allgemeine große Unruhe im Hause.  
Nächste Sitzung: Freitag, Weiterberatung.

### Kommunistischer Terror im Landtag.

Berlin, 6. Juli.  
Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht des Verfassungsausschusses über Anträge aller Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, betreffend den Schutz der Republik, verbunden mit einem Amnestiegesetz und einem Entwurf über die Reform des Disziplinarrechts für Beamte und Richter.

Abg. Weimann (Z.) erstattet den Ausschussbericht. Die Amnestie soll sich erstrecken auf Vergehen aus Anlaß der großen wirtschaftlichen und politischen Bewegungen seit dem Kapp-Zug, ohne Einbeziehung der Disziplinarverfahren des Eisenbahnerstreits. Gemeine Verbrechen sollen nicht begnadigt werden, nur solche politischer Art. Der Beamte soll im neuen Disziplinarrecht die Meinungs- und politische Neutralität behalten, aber nicht feindselig gegen die Republik Stellung nehmen dürfen. Die Amtszeit der jetzigen Richter des Disziplinarhofes soll mit dem 16. Juli enden. Damit wird eine Neubesetzung mit politisch zuverlässigen Richtern ermöglicht.

Abg. Weimann (Z.) erklärt die Vereinnahmung seiner Partei, nächstlos alles zur Erhaltung der jungen Republik erforderlich zu tun. Die im Reichsrat gegen das Gesetz Stellung nehmenden Provinzialverbände müssen zur Verantwortung gezogen werden. (H. Die Amnestie soll nur die politischen Vergehen erfassen. Ich bitte aber auch die Schulden im Eisenbahnerstreit nicht von der Amnestie auszunehmen.)

Abg. Weimann (Z.) befreit dem Ausschuss das Recht, aus eigener Initiative Gesetzentwürfe einzubringen. Wir haben mit geheimen Organisationen nichts zu tun. Durch die Amnestierung wird das Rechtsempfinden der Bevölkerung erschüttert, einmal auch Unrechtsstellungen und andere Straftaten darunter fallen sollen. Gewalt darf nicht vor Recht gehen. Auch die Einbeziehung des Eisenbahnerstreits ins Gesetz ist uns unverständlich, da das kein politischer Streit war. Redner kritisiert den Sturmlauf gegen die Schulbücher und nennt die ganze Gesetzgebung ein Produkt der Erregung. Die Atmosphäre werde nur noch verärgert und die Demokratie zur Terrormacht. (Widerbruch links.)

Auch Abg. Dr. Weigig (D. Wpt.) warnt davor, aus der ersten Erregung heraus Gesetze zu schaffen. Staatsrecht müsse mit warmem Herzen aber kühlem Kopf geschrieben werden. Seine Partei trete mit kühnem Herzen an die Gesetzgebung heran. In kurzen Zeitabständen Anwesenheit anzusprechen, sei für die Autorität des Staates ungenügend gefährlich. Gemeine Verbrechen dürften nicht amnestiert werden, aber seine Partei wolle diesmal den politischen Verbrechen noch einmal Gnade gewähren, inwieweit sie besondere Bedenken gegen die Einbeziehung des Eisenbahnerstreits habe. Im übrigen bittet Redner die Zustimmung

zu den Gesetzen hinauszuschieben, bis die Reichsgesetzgebung für diese Punkte feststeht.

Abg. Kreuz (Dem.) widerspricht der Annahme, als ob es sich hier um Bestimmungen handle, die in der Erregung erlassen seien. Infolge der Agitation von rechts und links scheie die Beamtenchaft nicht mehr so loyal zum Staat wie früher. Darum müsse sowohl gegen die Agitation von rechts wie von links eingeschritten werden. Die Straffreiheit sollte aber auf den Eisenbahnerstreit nicht ausgedehnt werden, weil dieser nicht zum Schutze der Republik unternommen werde, sondern nur eine schwere Erschütterung der bestehenden Staatsform bedeute.

Abg. Dr. Neumann-Warbur (Ztr.) stimmt dem Gesetz zu, jedoch mit der Forderung, daß gegen Beamte eingeschritten werden muß, wenn sie „aufhebig und gefährlich“ gegen die Republik auftreten, anstatt „agitarisch und demagogisch“, wie es im Entwurf stehe. Das Strafmaß müsse dahin geändert werden daß im Falle der schwersten Fälle auf die Disziplinarstrafe erkannt werden könne.

Abg. Weid (L. Z.): Die gehörten Reden deuten schon wieder auf Mäßigung hin. Daher sollte zunächst einmal unter den monarchischen Ministern aufgetrieben werden und die sämtlichen Zustände in den Provinzialverwaltungen beseitigt werden, die keinen republikanischen oder sozialistischen Beruf haben.

Abg. Zählum (L.) fordert Aufklärung von Minister Seebing, ob sich das Gesetz auch gegen links richten wolle wie es Abg. Kreuz als selbstverständlich ansieht.

Abg. Deereberg (D.): Linke Partei steht uneingeschränkt, weil sie das Gefühl hat, daß sie an dem Wort an Mathenau, der von jungen unreifen Menschen verübt wurde, weder direkt noch indirekt beteiligt ist. (Sturm. Lärm links.) Durch Ausnahmegesetze wird aber das Entgegengesetzte von dem Gefühl und dem Handeln Mathenaus angedeutet. Mit diesen Organisationen müssen wir aufhören. Aus Angst wird das Gesetz nicht gefaßt. Angst können wir nicht. Täglich bekommen wir Drohbriefe, trotzdem tun wir, was nötig ist.

Minister Seebing gibt dem Wunsch Ausdruck, daß das Disziplinarrecht unverändert Gesetz werde. Hier handle es sich nicht um die Unbesonnenheit einiger junger Journalisten sondern um Wortbanden, und solche, die diese bezahnen, im Falle Schaden hat der Täter bereits einen Teil des ihm gebotenen Geldes erhalten. Wir haben den Geldgeber, der mehreren rechtsgerichteten Organisationen angehört. Mit diesen Organisationen müssen wir aufhören. Aus Angst wird das Gesetz nicht gefaßt. Angst können wir nicht. Täglich bekommen wir Drohbriefe, trotzdem tun wir, was nötig ist.

Abg. Dr. Meyers-Ehrensen (Stamm.) fordert die Freigabe von Max Hoff.

Abg. Kuttner (L.) spricht dem Abg. Deereberg, dessen Partei durch den Mathenauord auf schwere Kompromittierung sei, das Recht ab, hier Moral predigen zu halten. Zum Teil sei dies fällig bekannt, in denen der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Henning Geib an reaktionäre Geheimorganisationen oder Klubs angehängen habe. Auch der Abg. Hermann Fredericksdorf gebe an Geheimorganisationen Geld. Wenn jetzt nicht gehandelt würde, fänden wir vielleicht bald wieder an einer Tafel, um dann Bedauern zu empfinden, daß jetzt nicht gehandelt worden sei. Damit schließt die Besprechung.

Nach Schluß der Besprechung tritt der deutschnationalen Abgeordnete Hermann Fredericksdorf die

Rednertribüne zu einer persönlichen Bemerkung. Sofort erfolgen von der äußersten Linken unausgesetzte Schläufe und kommunistische und unabhängige Abgeordnete drängen sich auf die Rednertribüne. Von rechts kommen deutschnationalen Abgeordnete, an der Spitze der deutschnationalen Abgeordnete Meißel, die sich häufig um den Redner stellen. Angeheuer Lärm entsteht. Die Stimme Redners ist nicht zu vernehmen. Ein von einem Abgeordneten gezeichnetes

Attenbündel trifft den Redner am Kopf, ein anderes schlägt einem Stenographen an den Kopf. In diesem Augenblick dringen Abg. Kaufner und andere Unabhängige vor und

schlagen auf den deutschnationalen Abgeordneten Conrad ein, der bis zur Ministertribüne zurücktaumelt. Ein allgemeines Gaudium schließt sich an. Der Abgeordnete Hermann Fredericksdorf bricht seine formulierte Erklärung ab und übergibt das Manuskript dem Präsidenten Leinert. Dieser übernimmt es. Nach wenigen Sekunden greift ein Kommunist auf den Präsidenten zu, nimmt das Manuskript und verleiht es und weist die einzelnen Seiten gegen den Präsidenten. Dieser verläßt, da die Ruhe nicht herzustellen ist, den Saal. Die Sitzung ist unterbrochen. Nach einigen Minuten beruft Präsident Leinert den Reichstagsrat zu einer Sitzung für sofort zusammen.

Der Reichstagsrat schlägt Vertagung vor.

Der Abg. Meyer-Ehrensen (Stamm) beantragt Weiter-

tagung. Die Vertagung wird gegen die Stimmen der drei Linksparteien beschloffen.

Nächste Sitzung Freitag: Feuerungszuläge zu den Notar- und Gerichtskosten; Mittelschullehrer-Gehälter und Fortsetzung der Debatte über das Neubau-Gesetz.

### Turnen, Spiel und Sport

Leistungsfähige Erfolge des 2. F. 2.

Bei den Gaudiumkämpfen in Halle am Sonntag ging die Jugend der Leichtathletik-Abteilung im B. F. L. zum 1. Male an Start. Die erzielten Siege sind das Ergebnis intensiven Trainings und versprechen, besonders in der 2. Jugendklasse 1906/07, nach manchem schönen Erfolg. Sehr gute Leistungen zeigte A. Lautenschläger, der mit vier 2. Preisen wohl der Beste seiner Klasse im Gau war. Im Ganzen konnten die jungen Leichtathleten 9 Preise erringen und zwar folgenden: Jugend 1908/09: Doppel 1. 5. Preis im 800-Meter-Lauf; Jugend 1908/07: Lautenschläger: 2. Preis im Hochsprung mit 1,40 Meter, Lautenschläger: 2. Preis im Kugelstoßen 8,23 Meter, Kauthe: 3. Preis im Kugelstoßen mit 8,16 Meter, Lautenschläger: 2. Preis im 100-Meter-Lauf in 12,7 Sek., Kauthe: 4. Preis im Hochsprung, Lautenschläger: 2. Preis im 1000-Meter-Lauf, Jugend 1904/05: Angler: 2. Preis im Kugelstoßen mit 9,46 Meter, Angler: 2. Preis im 100-Meter-Lauf.

Verantwortliche Redaktion: Volkst., Bril. und prob. Zeitl. Dr. Dahl. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: A. Kauf. — Druck und Verlag: Wertheburger Druck- und Verlagsanstalt & Baus, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.